

Die neue politische Richtlinie, die in dem Dokument formuliert wird, heißt: „mehr geben, weniger nehmen und beleben“ (*duo yu, shao qu, fang huo*) und umfasst u.a. eine Anpassung landwirtschaftlicher Strukturen, Ausweitung der Beschäftigung, ein beschleunigter Transfer von Wissenschaft und Technologie, Vertiefung der ländlichen Reformen, Erhöhung der bäuerlichen Einkommen und stärkere Unterstützung der Landwirtschaft.

Einzelne Maßnahmen in dem Dokument sehen beispielsweise die Unterstützung ausgewählter Getreideanbaugelände und die Einkommenserhöhung der Bauern, die im Getreideanbau tätig sind, vor. Genannt werden die Verbesserung von Saatgut, Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit, Bewässerungsprojekte, landwirtschaftliche Mechanisierung etc. Gleichzeitig sollen die Kapazitäten für die Getreideverarbeitung und die Viehzucht gestärkt werden.

Die Restrukturierung zielt auf die Verbesserung der Qualität und Sicherheit von Agrarprodukten. Maßnahmen zur Verhinderung von Tierseuchen sind vorgesehen, u.a. ein neues Veterinärsystem. Auch hierfür sollen mehr Mittel bereitgestellt werden, die in die industrielle Verarbeitung von Agrarprodukten in den ländlichen Gebieten sowie in Ausbildungsmaßnahmen und Dienstleistungen für Bauern fließen sollen.

Die Entwicklung des sekundären und tertiären Sektors in den ländlichen Gebieten soll die Einkommenskanäle für die Bauern diversifizieren. Hierzu zählen Anpassungsmaßnahmen der nichtlandwirtschaftlichen Unternehmen sowie die Gründung neuer Unternehmen, die Agrarprodukte verarbeiten und vermarkten. Gleichzeitig sollen Bauern als Privatunternehmer Zutritt zu mehr Industriesektoren erhalten, u.a. auch zu den Bereichen Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen. Das privatwirtschaftliche Engagement der Bauern soll durch steuerliche und andere Maßnahmen gefördert werden.

Eine weitere Politikmaßnahme im o.g. Dokument sieht die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bauern vor, die in den städtischen Gebieten Beschäftigung suchen. Bestehende diskriminierende Bestimmungen und Gebühren sollen abgeschafft und ihnen

das Recht auf Ausbildung für ihre Kinder, berufliche Bildungsmaßnahmen, etc. zugesagt werden. Die Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung wird als wichtige Maßnahme angesehen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitskräfte aus den ländlichen Gebieten zu stärken, und die Lokalregierungen werden dazu aufgerufen, entsprechende Programme zu konzipieren.

Das Dokument betont außerdem die wichtige Rolle des Marktes bei der Distribution von Agrarprodukten. Im Einzelnen soll der Aufbau spezialisierter ländlicher Genossenschaftsorganisationen für den An- und Verkauf ab 2004 unterstützt werden. Diese sollen Dienstleistungen wie Information, Technologietransfer, Ausbildung, Qualitätsstandards etc. anbieten. Auch der Export von Agrarprodukten soll stärker gefördert werden.

Zu den Maßnahmen zur Verbesserung der ländlichen Einkommen zählt auch die Reform des Landnutzungssystems, insbesondere die Kompensation von Bauern, die Nutzungsrechte für den Bau von Industriegelände und Straßen zurückgeben mussten. Weiterhin soll ein System direkter Subventionen für die im Getreideanbau tätigen Bauern ab 2004 eingeführt werden. Ziel ist es, die Einkommen der Bauern zu sichern. Auch die Reform der Umwandlung von Gebühren in Steuern soll fortgeführt werden. Ab 2004 wird die Landwirtschaftssteuer um einen Prozentpunkt gesenkt und die Besteuerung spezieller Agrarprodukte – mit Ausnahme von Tabak – abgeschafft. Zusätzlich soll der Finanzsektor in den ländlichen Gebieten reformiert werden, insbesondere in den Bereichen Postsparkassen, ländliche Kreditgenossenschaften und Vergabe von Krediten durch die Bank of Agricultural Development.

Armutsbekämpfung auf dem Land ist ebenfalls als Ziel im Dokument festgehalten. Die Mittel hierfür sollen erhöht und zur Verbesserung der Produktions- und Lebensbedingungen der Bauern eingesetzt werden. Vor allem arme Bauern in Gebieten, die von Naturkatastrophen heimgesucht wurden, sollen stärker unterstützt werden. (BBC EF, 8.2.04)

Während die im Dokument vorgestellten Maßnahmen keine wesentlichen

Neuerungen darstellen, sondern auch in anderen Veröffentlichungen der politischen Führung in den letzten Jahren auftauchen, ist das zugesagte Investitionsvolumen zur Umsetzung der Maßnahmen wesentlich höher als gewöhnlich. So will die Zentralregierung im Haushalt für 2004 einen Betrag von 150 Mrd. RMB (18,07 Mrd. US\$) bereitstellen, das wären rd. 30 Mrd. RMB mehr als im letzten Jahr. (BBC EF, 9.2.04)

Nach Einschätzung von Han Jun von der Agrarabteilung des Development Research Center beim Staatsrat, wird die Reduzierung der ländlichen Steuern um einen Prozentpunkt die Belastungen der Bauern um 11,8 Mrd. RMB senken können. Darüber hinaus könnten die Bauern mit direkten Subventionen in Höhe von über 10 Mrd. RMB (1,2 Mrd. US\$) von der Zentralregierung rechnen. Weiterhin werde ein Teil der Erlöse aus Landverkäufen für die Unterstützung der ländlichen Entwicklung bereitgestellt werden. Han Jun zufolge handele es sich hier um eine Summe von rd. 300 Mrd. RMB. (XNA, 10.2.04)

Von besonderer Bedeutung für die ländlichen Einkommen ist auch die rechtlich bessere Absicherung der Pachtverträge für die Nutzung von Agrarflächen durch die Bauern und die Kompensation bei der Inanspruchnahme des Landes durch die Lokalregierungen. (BBC EF, 2.2.04) -schü-

SVR Hongkong

28 Der Ton aus Beijing wird schärfer

Die Zentralregierung in Beijing führt seit Anfang Februar eine regelrechte Propagandakampagne gegen pro-demokratische Kräfte der Sonderverwaltungsregion durch. In einer Vielzahl von Artikeln der staatlichen Medien wurde nachdrücklich dazu aufgerufen, dass Hongkongs Regierende „Patrioten“ sein müssten. Scharfe verbale Attacken richteten sich zum Teil namentlich gegen oppositionelle Abgeordnete der Legislativversammlung und andere Gruppen, die allgemeine

Direktwahlen ab dem Jahr 2007 unterstützen. Sie wurden als „unpatriotisch“ und damit als ungeeignet bezeichnet, die Sonderverwaltungsregion zu regieren.

Die Zentralregierung hat damit ihre bisherige Zurückhaltung gegenüber Hongkong aufgegeben und klare Signale gegen eine beschleunigte Demokratisierung gesendet. Hinter den scharfen Attacken steht die Sorge darüber, dass bei den Wahlen zur Legislativversammlung im September dieses Jahres die prodemokratischen Kräfte eine Mehrheit der Sitze erringen und die Zentralregierung damit die Kontrolle über die Situation in Hongkong verlieren könnte.

Die politische Entwicklung in Hongkong hat die parteistaatliche Führung in Beijing bereits im Sommer letzten Jahres in Alarmzustand versetzt. Mit der Massendemonstration am 1. Juli 2003 gegen die geplanten Sicherheitsgesetze der Regierung Tung hatte sie nicht gerechnet (vgl. C.a., 2003/7, Ü 29, Ü 30). Nachdem die Pläne unter dem Druck der Straße auf Eis gelegt worden waren, folgte im November bei den Wahlen zu den Bezirksräten der nächste Schock. Die regierungsnahen Kräfte mussten eine verheerende Niederlage einstecken, wohingegen das prodemokratische Lager als strahlender Sieger hervorgehen konnte (vgl. C.a., 2003/11, Ü 22). Die Hongkonger hatten dadurch zum einen ihren aufgestauten Unmut gegenüber dem von Beijing eingesetzten Regierungschef Tung Chee-hwa und seiner Administration Ausdruck verliehen; zum anderen zeigten sie, dass sie mehrheitlich die immer lauter werdenden Forderungen des oppositionellen Lagers nach mehr Demokratie unterstützen.

Konkret verlangt die Opposition allgemeine Direktwahlen des Regierungschefs und aller Mitglieder der Legislativversammlung ab dem Jahr 2007 bzw. 2008. Das vom Nationalen Volkskongress 1990 verabschiedete Hongkonger Grundgesetz, *Basic Law*, sieht diese Möglichkeit vor. Allgemeine Direktwahlen werden als „ultimate aim“ angestrebt (Art. 45, Art. 68), ohne jedoch einen konkreten Zeitplan zu nennen.

Die neue Führung in der Hauptstadt hatte sich bisher mit offener Kritik an der politischen Entwicklung

in der Sonderverwaltungsregion zurückgehalten. Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao zeigten sich zwar besorgt, betonten jedoch stets, dass man sich nicht einmischen wolle. Die chinesische Regierung setzte auf verstärkte Wirtschaftshilfe für die Sonderverwaltungsregion und hoffte, mit einer konjunkturellen Erholung der zunehmenden Politisierung der Hongkonger Gesellschaft Einhalt zu gebieten.

Erste warnende Worte aus Beijing an das prodemokratische Lager wurden ab Dezember laut, als festländische Rechtsexperten in den Medien darauf hinwiesen, dass jegliche Änderungen der Wahlverfahren der Absegnung des Nationalen Volkskongresses bedürften und keinesfalls von den Hongkongern im Alleingang entschieden werden könnten (vgl. C.a., 2003/12, Ü 29). Zudem vertrat ein festländischer Mitverfasser des *Basic Law* die Meinung, dass eine allgemeine Direktwahl des Regierungschefs der Sonderverwaltungsregion bereits im Jahre 2007 nicht mit dem Hongkonger Grundgesetz vereinbar sei, da dieses einen „graduellen und geregelten Prozess“ hin zu mehr Demokratie vorschreibt. In etlichen Kommentaren argumentierten Beijing-nahe Kräfte in den Medien, das prodemokratische Lager täusche die Öffentlichkeit über die Möglichkeiten des Hongkonger Grundgesetzes. Auch viele führende Geschäftsleute, die über signifikante Investitionen auf dem Festland verfügen, warnten vor übereilten demokratischen Reformen, da diese die Stabilität der Sonderverwaltungsregion gefährden könnten.

Darüber hinaus dämpfte die Regierungserklärung von Tung Chee-hwa Anfang Januar die Hoffnungen des oppositionellen Lagers auf eine beschleunigte Demokratisierung. Anstatt wie erwartet einen Zeitplan für öffentliche Konsultationen über mögliche Verfassungsänderungen hinsichtlich der Wahlverfahren vorzustellen, verkündete Tung die Bildung einer Sonderkommission, die sich in dieser Frage um eine Abstimmung mit den zuständigen Regierungsstellen in Beijing bemühen soll (vgl. C.a., 2004/1, Ü 28).

Die Sonderkommission unter der Leitung des Verwaltungministers Donald Tsang, der offiziellen Nummer Zwei in der Hierarchie der Hongkonger Administration, reiste am 9. Fe-

bruar für zwei Tage nach Beijing, um dort die Stimmung gegenüber der politischen Entwicklung in Hongkong sowie gegenüber möglichen Verfassungsänderungen zu sondieren. Tsang zeigte sich über die Konsultationen mit Vertretern des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, des Hong Kong and Macau Affairs Office sowie mit festländischen Rechtsexperten zufrieden und bezeichnete die Atmosphäre als „sehr freundlich“. Einige Hongkonger Medien berichteten jedoch über einen relativ kühlen Empfang der Sonderkommission. Mit Regierungsvertretern der höchsten Ebene traf die Gruppe aus Hongkong nicht zusammen.

Genauere Details der Gespräche in Beijing wurden nicht bekannt gegeben. Xinhua-Berichte über den Besuch der Hongkonger Sonderkommission verdeutlichen aber, dass nunmehr ein schärferer Wind aus der Hauptstadt zu wehen begann. So sollen die chinesischen Regierungsvertreter gegenüber Tsang geäußert haben, dass mögliche Änderungen der Wahlverfahren darauf abzielen müssten, langfristig den Wohlstand und die Stabilität der Sonderverwaltungsregion zu wahren. Klargestellt wurde zudem, dass Hongkong die Meinung der Zentralregierung bei der Debatte um die künftigen Wahlverfahren des Regierungschefs und der Abgeordneten der Legislativversammlung berücksichtigen und sich strikt an die Bestimmungen des *Basic Law* halten müsse. Das „hohe Maß der Autonomie“ Hongkongs bedeute „Selbstverwaltung unter der Autorisation der Zentralregierung“, „Ein Land“ sei die Voraussetzung für „zwei Systeme“, so die Regierungsvertreter in Beijing weiter. Zudem wurden die Worte Deng Xiaopings zitiert, der verfügt hatte, dass die Hongkonger die Sonderverwaltungsregion „with patriots as the main body“ regieren sollten.

Dieser Xinhua-Bericht vom 10. Februar stellte den Ausgangspunkt einer breit angelegten Propagandakampagne dar, in der „Patriotismus“ als Instrument gegen prodemokratische Kräfte der Sonderverwaltungsregion eingesetzt wird. Etliche seither in festländischen und Beijing-nahen Hongkonger Medien veröffentlichte Artikel und Kommentare pochen darauf, dass nur „Patrioten“ Hongkong regie-

ren dürften und Hongkongs politische Opposition „unpatriotisch“ und damit regierungsunfähig sei.

Die prodemokratischen Kräfte, von denen vielen untersagt ist, nach Festlandchina zu reisen, werden als „Bedrohung“ für das Land bezeichnet. Ihnen wird unterstellt, die chinesische Regierung umstürzen zu wollen und die Unabhängigkeit der Sonderverwaltungsregion anzustreben. Auch die Ablehnung der durch die Massenproteste letzten Sommer auf Eis gelegten Sicherheitsgesetze wird als „unpatriotisch“ definiert. Wohnhaft in der Sonderverwaltungsregion allein qualifiziere nicht dafür, eine politische Führungsrolle in Hongkong zu übernehmen, so ein Artikel in der englischsprachigen Ausgabe des *China Daily*. So seien derzeit einige Politiker nicht geeignet, Hongkong zu regieren. „Sie sind gegen die Sicherheitsgesetzgebung, organisieren Aktivitäten gegen die Zentralregierung, laden zur ausländischen Einmischung in Hongkonger Angelegenheiten ein und unterstützen offen Taiwans Unabhängigkeit.“

Es entbrannte eine hitzige Debatte zwischen regierungsnahen und prodemokratischen Kräften, bei der verschiedene Patriotismus-Definitionen dargelegt wurden. Prodemokratische Persönlichkeiten betonten, dass auch sie durchaus patriotisch seien. So bekräftigte der oppositionelle Abgeordnete Lee Cheuk-yan, dass er und andere Kräfte des prodemokratischen Lagers alle chinesische Patrioten seien, die ihr Land liebten, auch wenn sie sich beispielsweise gegen diktatorische Instrumente der kommunistischen Regierung wie die gewaltsame Niederschlagung der Studentenproteste 1989 stellten. Damit nähmen sie lediglich ihr Recht auf Meinungsfreiheit in Anspruch, das ihnen verfassungsmäßig garantiert sei.

Zur Unterstützung der scharfen Attacken wurde am 20. Februar in der *People's Daily (Renmin Ribao)* und anderen offiziellen chinesischen Medien eine Rede Deng Xiaopings aus dem Jahre 1984 erneut veröffentlicht, in der er darauf verweist, dass Patrioten über Hongkong regieren sollten. Paradoxerweise fällt die von Deng gelieferte Definition wesentlich moderater aus, als viele der zuvor in der Debatte dargelegten. Nach den Worten Dengs sei ein Patriot jemand, der „die chinesische

Nation respektiert, die Widerübernahme der Souveränität über Hongkong durch das Vaterland aufrichtig unterstützt und nicht den Wohlstand und die Stabilität Hongkongs zu beeinträchtigen sucht.“ Solche Menschen seien Patrioten, „egal ob sie an Kapitalismus, Feudalismus oder sogar Sklaverei“ glaubten. Und weiter heißt es: „Wir erwarten nicht von ihnen, dass sie das sozialistische System Chinas unterstützen; wir wollen nur, dass sie das Vaterland und Hongkong lieben.“

Diese gemäßigte Definition Dengs, mit der sich auch die oppositionellen Kräfte Hongkongs identifizieren können, trug jedoch nicht dazu bei, die Wogen zu glätten. Auch ein Versuch des Regierungschefs Tung Chee-hwa für Abkühlung in der Debatte zu sorgen schlug fehl. Nach wochenlangen Schweigen trat Tung am 20. Februar an die Öffentlichkeit und verkündete, dass „die Mehrzahl der Hongkonger Bürger patriotisch“ sei und ihr Land und Hongkong liebten. Allerdings rief er auch dazu auf, die von der Zentralregierung vorgegebenen Richtlinien des Modells „Ein Land, zwei Systeme“ zu berücksichtigen. Er hob hervor, dass Beijing der Sonderverwaltungsregion in den letzten Jahren viel Unterstützung geleistet habe. Er sei zuversichtlich, dass die meisten Hongkonger nichts unternehmen würden, was die Interessen Hongkongs oder Chinas verletzen könnte.

Die verbalen Attacken aus Beijing wurden auch in der zweiten Monatshälfte unvermindert fortgeführt und schreckten nun auch nicht davor zurück, prodemokratische Persönlichkeiten namentlich als „unpatriotisch“ anzuklagen. In einem Artikel der von Xinhua herausgegebenen Zeitschrift *Outlook Weekly* vom 24. Februar wird dem prodemokratischen Lager vorgeworfen, sich für Aktivitäten zu engagieren, welche die nationale Sicherheit gefährdeten. Noch ohne Namen zu nennen, klagt der Aufsatz einige Hongkonger Politiker an, gegen die „politischen und rechtlichen Kriterien“, die Patrioten ausmachten, zu verstoßen. „Wir müssen ihre bösen Absichten aufdecken und diese Art von Menschen davon abhalten, jemals an die Macht zu kommen“, so der Aufsatz weiter.

Ein am nächsten Tag dazu veröffentlichter Leitartikel in der Beijing-na-

hen Tageszeitung *Wen Wei Po* wurde dann konkreter. Der Artikel klagt die „Worte und Taten“ der drei prodemokratischen Politiker Szeto Wah, Martin Lee und Emily Lau als „unpatriotisch“ an. Szeto Wah ist Vorsitzender der Hongkong Alliance in Support of the Patriotic Democratic Movement, eine Organisation, die sich während der Protestbewegung von 1989 gebildet hatte und die von der chinesischen Regierung als „subversiv“ eingestuft wird. Dem ehemaligen Vorsitzenden der Demokratischen Partei Martin Lee wird indes vorgeworfen, eine ausländische Einmischung in die Hongkonger Angelegenheiten zu fördern; und Emily Lau (Frontier Party) wird zur Last gelegt, die taiwanesishe Unabhängigkeitsbewegung zu unterstützen.

Auch einflussreiche Beijing-nahe Geschäftsleute meldeten sich mit scharfen Kommentaren zu Wort. So bezichtigte Tycoon Tsang Hin-chi Szeto Wah und Martin Lee ebenfalls des fehlenden Patriotismus, da sie sich gegen die Sicherheitsgesetze gestellt hätten. Der Immobilien-Magnat Gordon Wu rief die Administration Tung dazu auf, die nach den Massenprotesten im Sommer letzten Jahres auf Eis gelegten Anti-Subversions-Gesetze zu erlassen. Dies sei seiner Meinung nach ein Beweis für Hongkongs Vaterlandsliebe. Des Weiteren sprach sich Wu vehement gegen allgemeine Direktwahlen aus. Wenn die Bevölkerung ihren Regierungschef und alle Abgeordneten der Legislativversammlung selbst wählen darf, würde sie Hongkong in einen „antikapitalistischen Wohlfahrtsstaat“ verwandeln, so Wu. Darüber hinaus wurden sogar Stimmen laut, die darauf pochten, einen neuen Mechanismus zur Überprüfung der „Loyalität“ der Mitglieder der Legislative zu institutionalisieren.

Es ist offensichtlich, dass die chinesische Regierung die Hongkonger mit diesen harschen Worten dazu drängen will, bei den Wahlen zur Legislativversammlung im September Beijing-nahe Kandidaten zu unterstützen. Xu Chongde, festländischer Rechtsexperte und Mitverfasser des *Basic Law*, ermahnte die Hongkonger in öffentlichen Stellungnahmen mehrmals, sich eine Stimmabgabe für die Demokraten genau zu überlegen. Er warnte, dass sie sich sonst im Nachhinein vorwerfen müssten, die falschen Kandida-

ten gewählt zu haben. Auch der Beijing-freundliche Politiker Chan Wing-kee gab zu Bedenken, dass die von der Exekutive dominierte Regierung nicht funktionieren könne, wenn die Opposition über eine Mehrheit im Legislativrat verfüge.

Andrew Cheng, Abgeordneter der Demokratischen Partei im Legislativrat, glaubt zudem, die Beijing-nahen Kräfte in Hongkong schürten die Patriotismus-Debatte um einer ernsthaften Diskussion um politische Reformen aus dem Weg zu gehen. Die chinesische Regierung wolle eine solche Diskussion solange wie möglich aufschieben, so Cheng. Sie hoffe auf diese Weise, dass die zeitaufwendigen Verfassungsänderungen, die allgemeine Direktwahlen ab dem Jahr 2007 benötigen, nicht mehr rechtzeitig durchgeführt werden können. Die gegenwärtige Stimmung in Hongkong vergleicht der demokratische Abgeordnete mit der Atmosphäre während der so genannten „Kulturrevolution“. Damals und heute würden Politiker in „zwei Kategorien“ eingeteilt.

Zwar hat sich die chinesische Führung bisher nicht öffentlich zu der laufenden Diskussion geäußert, allerdings zeigt die jüngste Kampagne, dass sich Beijing einer beschleunigten Demokratisierung mit allgemeinen Direktwahlen ab dem Jahr 2007 klar entgegenstellt. Der Leiter der Einheitsfrontabteilung der KPCh, Liu Yandong, äußerte, es könne keine allgemeine Direktwahl in Hongkong geben, solange sich die Zentralregierung nicht sicher sein kann, dass nur „Patrioten“ in ihrem Sinne daraus hervorgingen. Festzuhalten ist jedoch, dass sich Beijing bisher nicht gänzlich gegen direkte Volkswahlen des Regierungschefs und des Legislativrats ausgesprochen hat.

Nach Auffassung vieler Kommentatoren zeige die jüngste politische Kampagne aber auch, wie ernst Beijing die Herausforderung durch die in den letzten Monaten gestärkte demokratische Bewegung in Hongkong nimmt. Diplomaten in Beijing vermuten hinter den heftigen Attacken der chinesischen Führung zudem das Gefühl des Einflussverlustes in der Sonderverwaltungsregion.

Darüber hinaus ist die Wucht dieser verbalen Angriffe und Warnungen

auch im Zusammenhang mit den näher rückenden Präsidentschaftswahlen am 20. März in Taiwan zu sehen. Politische Instabilität in Hongkong würde diejenigen Kritiker bestätigen, die das von der chinesischen Regierung auch für Taiwan anvisierte Modell „Ein Land, zwei Systeme“ als Zwischenschritt zur nationalen Einheit nicht für praktikabel halten. Es fragt sich nur, ob die jüngste Kampagne gegen die prodemokratischen Kräfte in Hongkong nicht eine bestärkende Wirkung auf die Unabhängigkeitsbefürworter unter den Wählern in Taiwan haben wird.

Ferner ist zu beachten, dass die chinesische Führung Rückwirkungen der gestärkten Demokratiebewegung in Hongkong auf das Festland befürchtet. Es gibt jetzt schon Anzeichen dafür, dass die Massenproteste im Sommer letzten Jahres und deren Folgen auch auf die politischen Gesinnungen der Bevölkerung auf dem Festland Einfluss nehmen. Die Verhaftung des der Subversion angeklagten Internet-Aktivistin Du Daobin beispielsweise wird unter anderem auf in Online-Artikeln geäußerte Kritik an den Entwürfen der Anti-Subversions-Gesetzgebung in Hongkong zurückgeführt. Festländische Aktivisten fragen sich, warum die Menschen in Hongkong erfolgreich gegen die geplanten Sicherheitsgesetze auf die Straße gehen konnten, wohingegen Du wegen seiner geäußerten Kritik vor Gericht gestellt wird. In einer an den Nationalen Volkskongress und das Oberste Volksgericht in Beijing gerichteten Petition, die eine klare Auslegung der festländischen Anti-Subversions-Gesetze fordert, heißt es in diesem Zusammenhang, die Menschen auf dem Festland seien „Bürger zweiter Klasse“, wenn Menschenrechte in China lediglich innerhalb Hongkongs Anwendung fänden (vgl. C.a., 2004/1, Ü 12).

Es ist noch zu früh für eine Prognose darüber, ob die Beijinger Einschüchterungskampagne Wirkung zeigen und die Forderungen der Hongkonger nach einer beschleunigten Demokratisierung abschwächen wird. Viele der langjährigen Demokratieaktivisten sind jedoch der Meinung, dass die Taktik der Zentralregierung langfristig nicht aufgehen wird. „Die Menschen werden bald von dieser Diskussion gelangweilt sein“, sagt Law

Yuk-kai, Leiter der Organisation Hong Kong Human Rights Monitor. Und der Gewerkschafter Lau Chin-shek ist überzeugt, dass sich letztendlich alle „zusammensetzen und reden“ werden. Die Zentralregierung müsse einfach akzeptieren, dass das prodemokratische Lager die Unterstützung der Mehrheit der Hongkonger genieße, so Lau.

Auch die größte Oppositionspartei, die Demokratische Partei, will sich nach Aussagen ihres Vorsitzenden Yeung Sum trotz der jüngsten Attacken nicht beirren lassen und auch weiterhin für eine beschleunigte Demokratisierung eintreten. Auf neue Angriffe wolle man gemäßig und ruhig reagieren, so Yeung. Die Demokraten seien zudem immer noch davon überzeugt, dass der neue Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao liberaler gesinnt seien als ihre Vorgänger. Hinsichtlich der langfristigen Entwicklung Chinas zeigt sich Yeung ebenfalls zuversichtlich. „Wir sind davon überzeugt, dass Demokratie auf lange Sicht gut für Hongkong und das [ganze] Land ist. Wir würden unsere Glaubwürdigkeit, das Vertrauen und die Unterstützung der Öffentlichkeit verlieren, wenn wir unsere [jetzige] Haltung aufgeben.“

So manch ein Beobachter ist jedoch skeptischer. Die Flut der verbalen Attacken aus Beijing könne eine wahre Bedrohung für die politische Selbstbestimmung in der Sonderverwaltungsregion werden, so einige Kommentatoren. Auch erste Umfrageergebnisse der Chinese University of Hong Kong deuten darauf hin, dass die Einschüchterungen aus Beijing möglicherweise Erfolg haben könnten. Danach hat die Unterstützung der Hongkonger Bevölkerung für allgemeine Direktwahlen ab dem Jahr 2007 bereits um einige Prozentpunkte abgenommen. Hätten sich im Januar noch knapp 74,9% für die allgemeine Volkswahl des Regierungschefs und der Legislativversammlung ausgesprochen, so sei diese Zahl Ende Februar bereits um 6,2% gefallen. Eine andere Umfrage der University of Hong Kong hat jedoch auch herausgefunden, dass die Popularität der Zentralregierung unter den Bürgern der Sonderverwaltungsregion auf einen absoluten Tiefststand seit der Übergabe der Kronkolonie 1997 an die VR China gesunken ist.

Auch unter ausländischen Geschäftsleuten, die eine wichtige Rolle für die Wirtschaft der Sonderverwaltungsregion spielen, macht sich Unbehagen über die jüngsten Entwicklungen breit. Christopher Hammerbeck, Leiter der Britischen Industrie- und Handelskammer in Hongkong, erinnert die gegenwärtige internationale Besorgnis an die Befürchtungen im Vorfeld des Souveränitätswechsels 1997. Diese hätten sich jedoch als unbegründet herausgestellt. Es sei Angelegenheit der Hongkonger und der Zentralregierung über Verfassungsänderungen der Sonderverwaltungsregion zu debattieren, sagt Hammerbeck. Er ist überzeugt, dass sich Beijing auch weiterhin aus den Tagesgeschäften der Hongkonger heraushalte.

Kommentatoren und Hongkonger Politiker sind sich allerdings darüber einig, dass die Zentralregierung die Kampagne auch in den nächsten Wochen fortführen wird. Der Vorsitzende der Beijing-nahen Demokratischen Allianz für die Verbesserung Hongkongs, Ma Lik, ist davon überzeugt, dass die chinesische Führung ihre verbalen Attacken solange fortsetzt, bis die „Botschaft angekommen“ sei. Neueste Mahnungen eines festländischen Führungsfunktionärs, der mit der Auflösung der Legislativversammlung droht, falls die prodemokratischen Kräfte bei der Wahl im September eine Mehrheit erringen sollten, sowie die Warnungen der *China Daily* vom 1. März vor einem Zusammenbruch der Hongkonger Regierung in einem solchen Falle, unterstützen diese Ansicht.

Die Organisatoren der Massendemonstration vom 1. Juli letzten Jahres planen unterdessen eine Wiederholung des Protestmarsches am kommenden siebten Jahrestag des Souveränitätswechsels. „Es ist die einzige Möglichkeit für uns, unseren Sorgen und Bedenken Ausdruck zu verleihen“, sagte einer der Organisatoren, Jackie Hung, Ende des Monats. (XNA, 10., 27., 28.2.04; IHT, 26.2., 3., 4.3.04; FAZ, 25.2.04; FEER, 4., 11.3.04; RMRB, 20.3.04; RTHK, Radio, 10., 11., 20.2., 1.3.04, nach BBC PF, 11., 12., 21.2., 2.3.04; WSJ, 9., 10., 19., 23., 25., 26., 27.2.04; FT, 9.2.04; SCMP, 21.2., 2.3.04; ST, 18., 21., 28.2.04; *Economist*, 6.3.04) -bk-

SVR Macau

29 Große Zustimmung für Regierungschef Edmund Ho

Eine Meinungsumfrage nichtstaatlicher Organisationen ergab fast 80% Zustimmung für Macaus Regierungschef Edmund Ho. Die Umfrage, die der Öffentlichkeit am 3. Februar präsentiert wurde, wurde gemeinsam vom Programm Öffentliche Meinung der Universität Hongkong und der Union für den Aufbau Macaus durchgeführt. 79,1% der 574 befragten Bürger über 18 Jahren zeigten sich zufrieden mit Edmund Ho. Nicht so gut erging es seinem Hongkonger Kollegen Tung Chee-hwa, der bei 1.022 befragten Hongkonger Bürgern nur 43,8% Zustimmung erhielt. In den Telefoninterviews äußerten 75,9% Zustimmung für Macaus Entwicklung seit 1999, und 79,7% zeigten Vertrauen in Chinas Politik von „Ein Land, zwei Systeme“ für Macau. Der Vorsitzende der Union für den Aufbau Macaus, Fong Man Tat, sagte, die Umfrage zeige jedoch auch, dass die Bürger nicht glücklich über die Arbeitslosensituation seien, obwohl zurzeit ein Rekordtiefstand erreicht sei. Und weniger als die Hälfte der Befragten zeigte sich zufrieden über die Regierungserklärung 2004, die der Regierungschef letzten November abgegeben hatte (s. dazu C.a., 2003/11, Ü 25). (XNA, 3.2.04; SCMP, 20.2.04) -ljk-

30 Entwurf für das Gesetz zur Wahl des Regierungschefs angenommen

Am 20. Februar billigte die Legislativversammlung die Gesetzesvorlage für die Wahl des Regierungschefs Ende dieses Jahres. Festgelegt werden darin das Wahlverfahren, die Erfordernisse für eine Kandidatur, die Zeit der Wahl, die Höchstgrenze für das Kampagnenbudget und die Methode der Bildung des Wahlkomitees. Auch die Einsetzung eines Überwachungskomitees, das das Wahlverhalten und die Beschaffung von Geldern der Kandidaten für das Amt des Regierungschefs beaufsichtigen soll, ist vorgese-

hen. Nur zwei (die beiden Demokratieaktivisten) der 22 an der Plenardebatte teilnehmenden Mitglieder stimmten dagegen. Hingegen verteidigten der Gewerkschaftler Lau Cheok-va und Rechtsanwalt Leonel Alves, der sich selbst als „fortschrittlichen Demokraten“ bezeichnet, vehement die Vorlage. Alves unterstrich, dass Macaus besondere Demokratiemischung, die direkte und indirekte Wahlen umfasse, Teil von Macaus politischer Realität geworden sei. Die Vorlage wird nach ausführlichen Diskussionen zur Abstimmung über jeden einzelnen Artikel an die Vollversammlung zurückgehen. Mit der endgültigen Abstimmung der Legislative wird für den April gerechnet. Laut Gesetzesentwurf wird der nächste Regierungschef von einem 300-köpfigen Wahlkomitee gewählt und dann von der Zentralregierung in Beijing ernannt werden. Die Wahl des Komitees wird 15 Tage nach Inkraft-Treten des Wahlgesetzes erfolgen. Das Komitee wird indirekt von einer Reihe von Vereinigungen, die die Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in Macau vertreten, gewählt. Zum Mitglied des Wahlkomitees kann jeder Bürger mit ständigem Wohnsitz in Macau, der über 21 Jahre alt und als Wahlberechtigter registriert ist, gewählt werden. Mit über der Hälfte der 300 Stimmen ist der Regierungschef gewählt, andernfalls erfolgt eine zweite Wahlrunde. Nach der Gesetzesvorlage soll die Wahl des neuen Regierungschefs nicht später als 60 Tage vor Ablauf der fünfjährigen Amtszeit des jetzigen Regierungschefs am 19. Dezember durchgeführt werden. Es gilt als sicher, dass Edmund Ho, der offiziell noch nicht seine Kandidatur bekannt gegeben hat, eine zweite Amtszeit absolvieren wird. Danach könnte dann im Jahr 2009 der neue Mann an der Regierungsspitze direkt gewählt werden, denn nach dem *Basic Law* von Macau kann 2009 das Wahlverfahren erstmals geändert werden, „falls die Notwendigkeit besteht“. (Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 9.2.04; XNA, 9., 20.2.04; SCMP, 27.2.04) -ljk-

31 Zweistelliges Wirtschaftswachstum

Macaus Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach offizieller Einschätzung im